


 russland-
analysen

<http://www.laender-analysen.de/russland/>
MEDWEDEW UND DIE RUSSISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

■ KOMMENTAR	
Der Präsident und die »Zivilgesellschaft« Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin	2
■ ANALYSE	
Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland am Ende der Putinzeit Corinna König und Michael Männel, Berlin	3
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland am Ende der Putin-Jahre. Die Ergebnisse einer Umfrage unter NGOs	6
■ UMFRAGE	
Politisches Leben und Bürgerengagement. Repräsentative Umfragen unter der russischen Bevölkerung	10
Gibt es in Russland heute eine »Zivilgesellschaft«?	12
Protestpotenzial in Russland 2009	14
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 1. bis zum 22. April 2009	18
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Osteuropa 4/2009. »Macht Musik. Kultur und Gesellschaft in Russland«	21



Kommentar

Der Präsident und die »Zivilgesellschaft«

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zum orthodoxen Osterfest am 19. April herrschten in Moskau noch winterliche Temperaturen – ein bis drei Grad tagsüber und Minusgrade in der Nacht. Das war noch kein »Tauwetter«. Doch in der russischen Innenpolitik geschah um Ostern herum etwas, was man fast als *ottepel* – als »Tauwetter« – ansprechen könnte. Am 13. April gab Präsident Dmitrij Medwedew der »Nowaja gaset« ein Interview, der Zeitung, die hartnäckig den Standpunkt liberaler Demokratie vertritt, die den Putinschen Politikbetrieb mit Witz, Ironie und manchmal auch mit Hass kommentiert hat, und für die die ermordete Journalistin Anna Politkowskaja geschrieben hatte.

Am Mittwoch, den 15. April, als das Interview erschien, fand die erste Sitzung des »Rats zur Unterstützung der Entwicklung der Institutionen der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte« in seiner neuen, von Medwedew bestimmten, Zusammensetzung statt. Neben den unvermeidlichen Karaganows und Puschkows gehören ihm auch Persönlichkeiten an wie Ljudmilla Alekseewa, die Vorsitzenden der Moskauer Helsinki-Gruppe, Alexander Ausan, der Präsident der Unabhängigen Zentren für Wirtschaftsanalyse, Jelena Panfilowa von Transparency International Russland und Igor Jurgens, der langjährige Vizepräsident des Unternehmerverbandes, der sich klug und hartnäckig für eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens einsetzt. Am 21. April wurde dann bekannt, dass Swetlana Bachminowa, die Jukos-Anwältin, die 2006 zu 6½ Jahren Haft verurteilt worden war, und deren Gnadengesuche abgelehnt wurden, auf Bewährung entlassen wird.

Diese drei Ereignisse, die unter Medwedews Vorgänger so kaum vorstellbar gewesen wären, signalisieren eine Öffnung, sie lassen auf eine Liberalisierung des politischen Lebens hoffen. Gewiss darf man solche symbolischen Akte nicht überbewerten, doch immerhin stehen sie in der Logik der Ideen, die Medwedew seit Ende 2007 immer wieder öffentlich vorgetragen hat: die Verurteilung des landesweit verbreiteten »Rechtsnihilismus«, die Verdammung der im ganzen Regierungsapparat endemischen Korruption und die massive Kritik an der »allmächtigen Bürokratie«. Medwedews Aussagen zu diesen Themen waren ebenso harsch wie zutreffend, doch der skeptische Beobachter musste sich fragen, welche politischen Kräfte der Präsident gegen Korruption, Rechtsnihilismus und Bürokratie eigentlich einsetzen kann.

Putins Nachfolger verfügt weder über eine eigene Hausmacht, noch eine Partei, auf die er sich verlassen kann, noch trägt ihn eine gesellschaftliche Bewegung. Seine Machtposition beruht auf der Unterstützung durch seinen Vorgänger Putin, auf die er nach wie vor angewiesen ist. Will Dmitrij Medwedew sich aus dieser Abhängigkeit lösen, muss er eine eigene Machtbasis aufbauen. Er muss loyales Personal in Schlüsselstellungen bringen, die öffentliche Meinung mobilisieren und sich eine politische Basis verschaffen. Dies wird zweifellos nicht einfach sein. Und er muss sich nach möglichen Verbündeten umsehen.

Für den Kampf gegen Bürokratie, Korruption und Rechtsnihilismus sind die zivilgesellschaftlichen Strukturen Russlands natürliche Alliierte. Insofern ist es ein logischer Schritt, wenn der Präsident sie einzubinden sucht. Er stellt sich damit allerdings gegen den politischen Kurs, den Putin verfolgte, der darauf setzte, die »Vertikale der Macht« zu stärken und die Spielräume der Opposition immer weiter einzuschränken. Es scheint fast, dass Medwedew nun einen anderen Weg zu gehen bereit ist. dass in diesem Zusammenhang in Moskau mitunter Gerüchte über einen Bruch zwischen Putin und Medwedew kursieren, ist begreiflich. In der politischen Praxis arbeiten Präsident und Ministerpräsident jedoch immer noch reibungslos zusammen.

Man sollte Medwedews vorsichtige Signale an die Zivilgesellschaft daher nicht überbewerten. Konkrete Schritte sind bisher nicht erfolgt. Immerhin nahm der Präsident sich für das Gespräch mit dem Menschenrechtsrat dreieinhalb statt der geplanten zwei Stunden Zeit. Und in seinem Schlusswort nahm er eine Reihe von Gedanken aus der Diskussion positiv auf. Insbesondere unterstrich er, dass die Haltung mancher Beamter, die Nichtregierungsorganisationen quasi als Staatsfeinde behandelten, verfehlt sei: »Echte Verbrecher oder Leute, die irgendwelche gefährlichen Tendenzen in der Entwicklung des Staates verfolgen die lassen sich nicht als NGO registrieren, diese Aktivitäten verlaufen auf anderem Wege«. Und er kündigte an, dass er das NGO-Gesetz von 2006 überprüfen lassen werde. Dies wäre immerhin ein erster konkreter Schritt. Bis zu einem echten »Tauwetter« (*ottepel*) ist es vielleicht noch ein langer Weg, doch man könnte mit Alexander Ausan vielleicht schon von einer »Enteisung« (*rasmoroska*) sprechen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

Analyse

Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland am Ende der Putinzeit

Corinna König und Michael Männel, Berlin

Zusammenfassung

In Russland hat sich eine aktive und dynamische zivilgesellschaftliche Struktur herausgebildet, allerdings ist sie im Vergleich mit anderen Ländern noch recht schwach entwickelt. Ein Grundproblem ist das ungeklärte Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten werden vom Staat teilweise behindert, teilweise aber auch gefördert. Insgesamt spielt das Verhältnis von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu den Behörden offenbar eine wesentlich wichtigere Rolle als die Unterstützung durch ausländische Geberorganisationen, die nur einen Bruchteil der NGOs erreichen. Alles in allem ist eine verhalten positive Tendenz zu erkennen. Zwar gibt es erhebliche Finanzprobleme, doch die Zahl der hauptamtlichen und freiwilligen Mitarbeiter nimmt zu und die Tätigkeitsfelder werden ausgeweitet.

Vergessene Zivilgesellschaft?

Die Frage der zivilgesellschaftlichen Entwicklung Russlands, die angesichts der verschärften Gesetzgebung im Jahr 2006 im Fokus der medialen und wissenschaftlichen Debatte war, ist in letzter Zeit eher in den Hintergrund getreten. Sie wurde durch eine Reihe politischer Ereignisse verdrängt, vor allem die Dumawahlen und den präsidentiellen Machtwechsel 2007/2008, aber auch die geopolitischen Zerwürfnisse und die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise.

Eine aktuelle Umfrage zur Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland zeigt, dass sich in Russland am Ende der Ära Putin ein aktiver und dynamischer, wenn auch im internationalen Vergleich verhältnismäßig kleiner Dritter Sektor herausgebildet hat. Die Entwicklung dieses Dritten Sektors wird aber durch eine Reihe von Faktoren eingeschränkt, insbesondere wohl durch das ungeklärte Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft.

Die Struktur des Dritten Sektors

Russland kann, im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten oder den USA, kaum auf eine eigene theoretische Tradition oder ein pragmatisches Erbe zivilgesellschaftlicher Entwicklung verweisen. In der Sowjetzeit beanspruchte die Kommunistische Partei das politische Monopol, oppositionelle Initiativen wurden in den Untergrund abgedrängt. Erst unter Jelzin nahm die Zahl der NGOs stetig zu, sodass knapp 70 % der heute existierenden NGOs bis Ende 1999 gegründet wurden. Unter der Präsidentschaft Putins, die durch eine zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses zwischen dem Staat und einem Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen gekennzeichnet war, nahm die Zahl der Neugründungen spürbar ab.

Der Organisationsgrad der russischen Zivilgesellschaft ist bis heute im internationalen Vergleich niedrig. Nach verschiedenen Schätzungen gibt es etwa 300.000 NGOs in Russland, wovon allerdings nach der Einschätzung von Experten nur ein Bruchteil tatsächlich aktiv ist. Gemessen an der Anzahl der Mitglieder gibt es in Russland vor allem kleine Organisationen, die weniger als 30 Mitglieder haben, und große mit mehr als 100 Mitgliedern. Solche mittlerer Größe sind weitaus seltener. Knapp die Hälfte der Organisationen verbindet mit ihrer Gründung ein konkretes politisches, wirtschaftliches, kulturelles oder gesellschaftliches Ereignis. Die am häufigsten gewählten Rechtsformen sind »gesellschaftliche oder religiöse Vereinigungen« mit über siebzig Prozent, gefolgt von »Einrichtungen/Institutionen« mit ca. 10 % und Stiftungen mit 6,4 % (vgl. Grafik auf S. 7 unten). Etwa die Hälfte der NGOs hat sich einer oder mehreren Dachorganisationen angeschlossen.

Die Organisationen sind in knapp 70 % der Fälle auf örtlicher Ebene tätig, 44 % zugleich auch auf regionaler. Trotz der ausgeprägten lokalen und regionalen Verankerung agiert ein Teil der Organisationen auch auf föderaler oder internationaler Ebene (vgl. Grafik S. 8 oben). Fast alle derjenigen Organisationen, die die entsprechende Frage beantwortet haben, sehen sich dementsprechend als Teil der globalen Zivilgesellschaft.

Über sechzig Prozent der Organisationen engagieren sich auf mehr als einem Tätigkeitsfeld, mitunter sind sie in bis zu fünf verschiedenen Bereichen tätig. Fast die Hälfte der NGOs ist im kulturellen sowie im karitativen Bereich aktiv. Knapp vierzig Prozent engagieren sich im Bildungswesen und in der Forschung, etwas weniger im Bereich Sport und Freizeit. Etwa 27 % sind im politisch sensiblen Bereich der Vertretung von Bür-

ger- und Verbraucherinteressen tätig. Verschwindend gering ist die Zahl der Organisationen im religiösen Bereich, der Wirtschafts- und Berufsverbände sowie der Gewerkschaften, mit jeweils unter sechs Prozent (vgl. Grafik S. 8 unten).

Viele der jungen Organisationen befinden sich in einer Wandlungsphase und haben ihre endgültige Form noch nicht gefunden. Gut zwanzig Prozent der NGOs haben ihre Prioritäten in der Zeit seit ihrer Gründung bereits geändert, über die Hälfte der NGOs denkt über Veränderungen ihrer Tätigkeitsfelder nach. Viele erwägen eine Ausweitung ihrer Aktivitäten, und das obwohl über siebzig Prozent der NGOs sich gegenwärtig oder in den letzten Jahren in finanziellen Schwierigkeiten befand oder weiterhin befindet. Die Gründe für eine Veränderung des Tätigkeitsfeldes sind vielfältig – circa 40 % reagieren damit auf aktuelle gesellschaftliche Probleme; knapp 30 % können damit rechnen, zusätzliche staatliche Förderungsmittel zu erhalten. In einigen Fällen ist eine Veränderung aufgrund ökonomischer Zwänge oder wegen zu hoher Kosten unabdingbar.

Die Gesamteinnahmen sind bei knapp sechzig Prozent der NGOs angestiegen. Trotzdem befindet sich die Mehrheit (ca. drei Viertel) in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Die Organisationen finanzieren sich hauptsächlich durch öffentliche Zuschüsse lokaler und regionaler Behörden (die föderale Ebene bezuschusst den Dritten Sektor kaum), sowie durch Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Durch die öffentliche Unterstützung sichern viele NGOs einen Teil ihrer Finanzierung, circa 40 % dieser Organisationen, welche auf die Frage eine Antwort geben können, empfinden jedoch zugleich eine starke Abhängigkeit vom Staat. Nur etwa 17 % haben schon einmal Zuwendungen von ausländischen Geberorganisationen erhalten, und zwar fast nur auf Projektbasis. Daher sind wohl lediglich 8,3 % der NGOs maßgeblich von ausländischen Fördermitteln abhängig. Dies widerspricht der häufig getroffenen Annahme, dass der russische Staat die Zivilgesellschaft fast gar nicht unterstütze und diese zu großen Teilen von ausländischen Fördermitteln abhängig seien.

Dass es sich bei einem Großteil der russischen NGOs nicht nur um »Ein-Mann-Organisationen« und kleine Selbsthilfeorganisationen handelt, zeigt sich daran, dass in über der Hälfte der NGOs hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt sind. Bei etwa einem Viertel ist die Zahl der Beschäftigten zwischen 2004 und 2006 gestiegen, bei etwa der Hälfte gleich geblieben und bei 15,4 % gefallen. Ähnlich verhält es sich mit der Anzahl der freiwilligen Mitarbeiter. Diese ist im entsprechenden Zeitraum ebenfalls um fast 30 % gestiegen, bei ca. 30 %

gleich geblieben und nur 14,7 % der NGOs beklagen eine Abnahme der freiwilligen Mitarbeiter. Dass die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter tendenziell steigt, ist insofern erstaunlich, als sich weniger als die Hälfte der NGOs aktiv um die Gewinnung von freiwilligen Mitarbeitern bemüht.

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft

Das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in der russischen Gesellschaftsordnung bis heute nicht endgültig geklärt. Wie viel Autonomie den NGOs eingeräumt werden sollte, welche gesellschaftliche Rolle bzw. Funktionen sie übernehmen sollen oder können, ist bisher nicht wirklich geklärt. Ein Großteil der NGOs stimmt der Aussage zu, dass der Dritte Sektor in Russland von staatlicher Seite zu wenig Aufmerksamkeit erfährt, ca. 34 % geben an, dass es dem Staat an politischen Konzepten für den gemeinnützigen Sektor mangelt, 23,7 % stimmen diesem Befund jedoch nicht zu. Die meisten NGOs beklagen sich über eine zu starke Verrechtlichung des Dritten Sektors und eine Unsicherheit der Rechtslage. In diesem Zusammenhang erscheint es nicht erstaunlich, dass 37,8 % der Befragten der Meinung sind, dass der bürokratische Aufwand sie von der eigentlichen Arbeit abhält, 37,4 % der NGOs beklagen darüber hinaus, dass die Behörden ihre Arbeit erschweren und knapp 50 % stellen bei den Behörden unterschiedliche Maßstäbe des Umgangs gegenüber den NGOs fest.

Dennoch hat sich das Verhältnis zwischen den NGOs und den Behörden bei einer Mehrzahl der Organisationen seit ihrer Gründung verbessert und knapp die Hälfte der NGOs arbeitet regelmäßig mit den Behörden zusammen, lediglich 5,8 % tut dies explizit nicht. Bemerkenswert ist die hohe Zustimmung bei der Frage, ob zivilgesellschaftliche Interessen in einem staatlichen Organ repräsentiert sein sollen. Etwa 60 % stimmen dem eindeutig zu, nur sieben % lehnen das ab. Allerdings gehen die Meinungen auseinander, ob die Gesellschaftskammer (*Obschtschestwennaja Palata*) ein geeignetes Vertretungsorgan für die Interessen gemeinnütziger Organisationen ist. Ein Drittel ist der Meinung, dass sie dazu geeignet ist, ein weiteres Drittel verneint dies.

Die internationale Dimension

Immer wieder diskutiert wird die Frage, inwieweit die zivilgesellschaftliche Entwicklung von der Finanzierung ausländischer Geberorganisationen abhängig war und ist. Einige Experten nehmen an, dass die NGOs überwiegend aus dem Ausland unterstützt werden, andere halten diese finanzielle Unterstützung für gering. Die

Befragung der russischen NGOs zeigt, dass sie die Unterstützung und Tätigkeit ausländischer Organisationen ambivalent einschätzen. Etwa die Hälfte der Organisationen, die die Frage beantwortet haben, konstatieren, dass sich der Dritte Sektor in Russland ohne die Hilfe internationaler Organisationen ganz anders entwickelt hätte, die andere Hälfte stimmt dieser Aussage nicht zu. Ähnlich verhält es sich mit der Beantwortung der Frage, ob internationale Organisationen die Entwicklung des Dritten Sektors in Russland breit unterstützt haben.

Uneinigkeit ist man sich auch in der Frage, ob sich die Inhalte und Ziele internationaler Organisationen, die in Russland arbeiten, grundsätzlich von den Programmen russischer Organisationen unterscheiden. Von den Organisationen, die hierauf eine Antwort geben können, stimmt dem etwa die Hälfte zu, die andere Hälfte kann diese Meinung nicht teilen. Etwa 30 % der NGOs können eine positive Auswirkung der Tätigkeiten internationaler Organisationen auf ihre Organisation ausmachen, ein ebenso großer Anteil sieht hingegen keine positive Auswirkung. Trotz dieser Skepsis gehen lediglich 16,7 % davon aus, dass die internationalen Organisationen in Russland nur eigene Interessen vertreten haben. Sieben Prozent geben an, dass die Tätigkeiten internationaler Organisationen das Image der russischen NGOs negativ beeinträchtigt haben. Weniger als zwei Prozent meinen, dass internationale Organisationen nicht in Russland tätig sein sollten. Ob die Unterstützung und das Interesse internationaler Organisationen nachlassen oder ob sie zunimmt, darüber sind die Aussagen gespalten.

Außendarstellung und Wahrnehmung russischer NGOs

Obleich die Situation der Presse- und Meinungsfreiheit in Russland in internationalen Rankings sehr negativ gewertet wird, finden sich die russischen NGOs in den Medien wieder. Über 90 % geben an, dass über sie in den Massenmedien berichtet wird. In 40 % der Fälle werden die NGOs monatlich in lokalen Medien erwähnt, über etwa ein Fünftel wird jährlich in den regionalen und überregionalen Medien berichtet (vgl. Grafik S. 9 oben). Zwar wünscht sich ein Großteil der Organisationen ein noch größeres Interesse seitens der Massenmedien, doch nur ca. 10 % der NGOs spüren eine ablehnende Haltung der Medien. Allerdings konstatieren etwa 23 %, dass die Massenmedien ein unzutreffendes Image von ihnen entwerfen.

93,6 % der russischen NGOs führen öffentliche Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit durch. So rea-

lisieren beispielsweise knapp 40 % in ihrer Organisation monatliche Veranstaltungen und ca. 30 % nehmen halbjährlich oder jährlich an Tagungen oder Konferenzen teil. 14,1 % der NGOs haben wöchentliche Informationsstände in der Öffentlichkeit (vgl. Grafik S. 9 unten). Desweiteren informieren 82,1 % der NGOs durch eine Vielzahl an Publikationen über ihre Arbeit. Knapp 20 % geben monatlich Zeitungen oder Journale heraus, ebenso viele veröffentlichen jährlich Arbeitsberichte oder Bücher. (vgl. Grafik S. 10 oben). Bemerkenswert ist in diesem Kontext, dass nur 39,7 % über einen Internetauftritt verfügen.

»Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält« – Selbsteinschätzungen der NGOs

Bei der Selbsteinschätzung der NGOs überwiegt das positive Bild: Die meisten NGOs sehen sich analogen staatlichen oder kommerziellen Einrichtungen überlegen. Sie verstehen sich als innovativer. Vor allem und vermitteln sie ein Gemeinschaftsgefühl, das staatliche Einrichtungen gar nicht schaffen können. Das konstatieren drei Viertel der Befragten. Sie empfinden sich als eine Art »sozialer Kitt«, der die Gesellschaft zusammenhält.

In der Vorstellung der NGO-Mitglieder würde es viele soziale und politische Errungenschaften ohne sie gar nicht geben, sie verstehen sich als die Kraft, welche die Entwicklung Russlands vorantreibt. Gut sechzig Prozent empfinden die Arbeit ihrer Organisation als professionell und effektiv. Als Vorteile gegenüber öffentlichen oder kommerziellen Anbietern wird u. a. angeführt, dass die Leistungen gemeinnütziger Organisationen ausnahmslos jedem zugänglich sind, außerdem qualitativ hochwertig und dennoch kostengünstig. Eine äußerst demokratische Einstellung beweisen dabei über 70 % der Befragten, die bejahen, dass gemeinnützige Organisationen die Garanten einer offenen Gesellschaft sind, die Minderheiten und Andersdenkenden eine Stimme geben. Trotz aller Einschränkungen durch den bürokratischen Aufwand und die meist nicht einfachen Arbeitsbedingungen sehen die Organisationen die Zukunft gemeinnütziger Organisationen im Grunde eher positiv und vertreten die Meinung, dass ihre Bedeutung für die Gesellschaft zunehmen wird und sie auch an politischem Einfluss nicht verlieren werden.

Fazit

In den Umfrageergebnissen ist eine verhalten positive Entwicklungstendenz zu erkennen. Zwar sinkt die Anzahl an Organisationsneugründungen seit einigen Jahren und ein Großteil der NGOs leidet unter Finan-

zierungsschwierigkeiten wengleich sich die Finanzierung verbessert und die Zahl der hauptamtlichen und freiwilligen Mitarbeiter tendenziell zunimmt. Dies wiederum führt bei einem bedeutenden Teil der NGOs zur Erweiterung der Tätigkeitsfelder. Wie sie dabei auf die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen reagieren, das zeigt die hohe Flexibilität der NGOs.

Rechtliche Unsicherheiten und der hohe bürokratische Aufwand sind Entwicklungshemmnisse. Noch gravierender scheint das weitgehend ungeklärte Verhältnis von Staats und Zivilgesellschaft sich auszuwirken. Dennoch suchen die zivilgesellschaftlichen Akteure eine konstruktive Anbindung an den Staat, das zeigt die hohe Zustimmungsrates für ein staatliches Vertretungsorgan zivilgesellschaftlicher Interessen.

Der Staat scheint seinerseits in der Zusammenarbeit mit den NGOs selektiv vorzugehen. Nur so sind die

starken Unterschiede zu erklären: während ein großer Teil der NGOs sich durch staatliche Intervention in seiner Arbeit eingeschränkt sieht, arbeitet etwa die Hälfte regelmäßig mit ihm zusammen. Das innerstaatliche Verhältnis der NGOs zu den Behörden spielt offenbar eine wesentlich wichtigere Rolle, als die Unterstützung durch ausländische Geberorganisationen. Diese kommt nur einem Teil der NGOs zugute. Zudem wird ihre Effektivität eher ambivalent bewertet. Trotzdem spricht sich kaum eine NGO dafür aus, ausländische Organisationen aus Russland zu verbannen. Ausländische Geberorganisationen sind also weiterhin erwünscht. Allerdings sollten ihre Programme und Methoden einer Überprüfung unterzogen werden, um eine höhere Akzeptanz zu erreichen.

Über die Autoren

Corinna König studiert an der Johannes Gutenberg Universität Mainz Politikwissenschaften, Slawistik und Germanistik. 2006/2007 Studium über den DAAD an der Staatlichen Universität Kasan; Michael Männel studiert an der Freien Universität Berlin Osteuropastudien, Politikwissenschaften und Soziologie. 2006/2007 Studium über den DAAD an der Staatlichen Universität Kasan.

Lesetipps

- Assessment of Russian Civil Society (2005), CIVICUS Civil Society Index Report for the Russian Federation. http://www.civicus.org/new/media/CSI_Russia_Country_Report.pdf
- Evans, Jr., Alfred B.; Henry, Laura A.; Sundstrom, Lisa McIntosh (Hrsg.): Russian Civil Society: A Critical Assessment, Armonk, New York: Sharpe 2006.

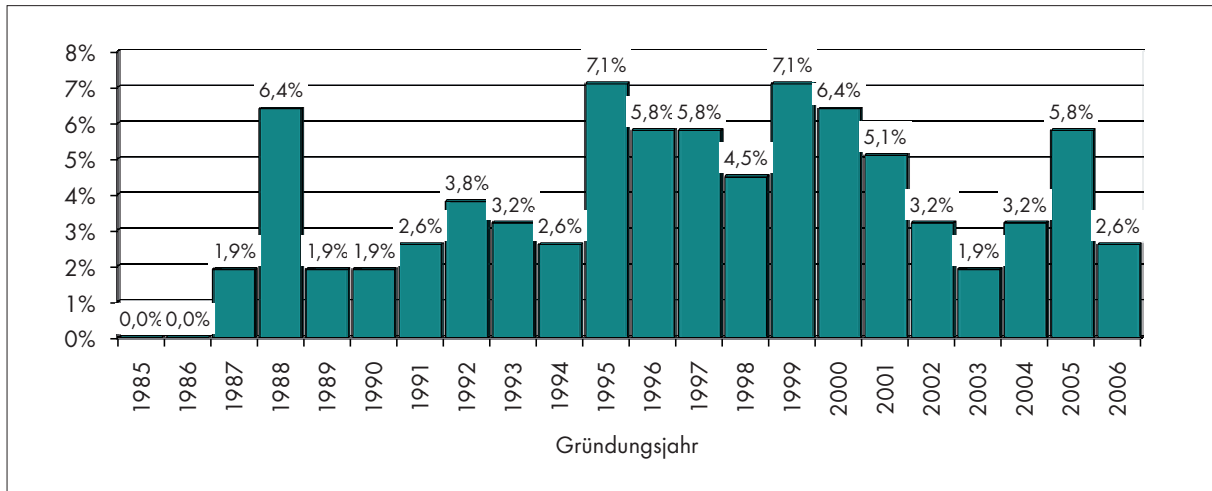
Tabellen und Grafiken zum Text

Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland am Ende der Putin-Jahre. Die Ergebnisse einer Umfrage unter NGOs

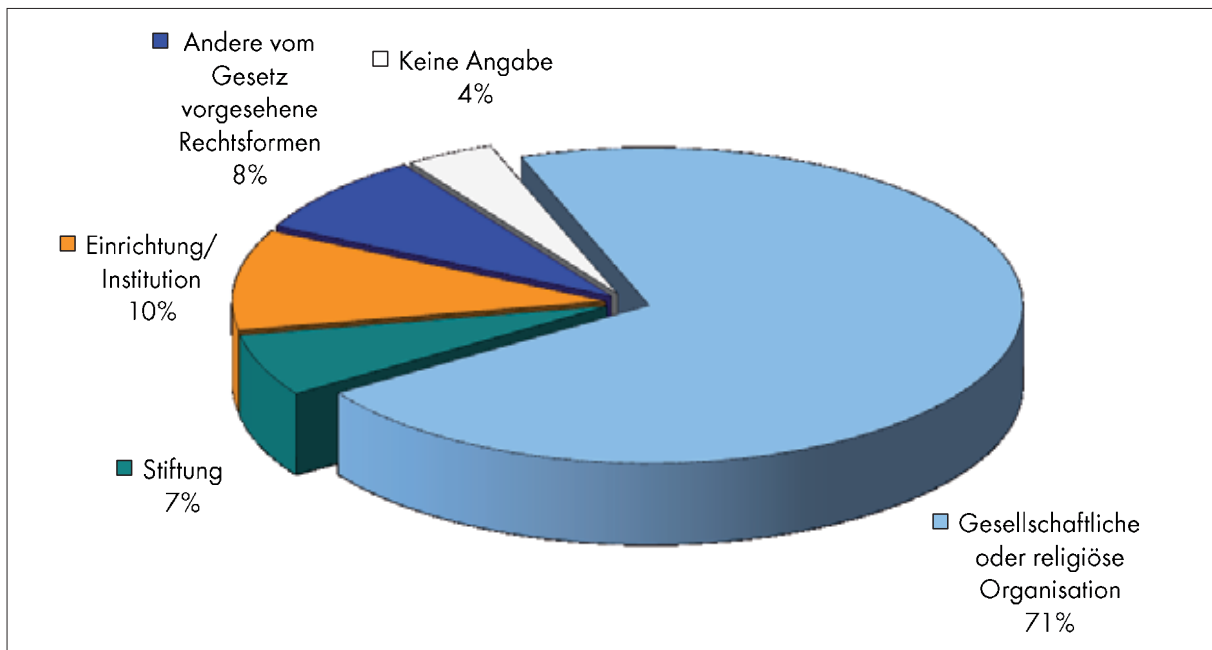
Anmerkungen zur Umfrage

Die vorliegende Umfrage zu Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland wurde im Jahr 2007 durchgeführt. Insgesamt wurden über 2.000 NGOs in elf verschiedenen russischen Regionen, die nach geografischen, politischen und wirtschaftlichen Kriterien ausgewählt wurden, angeschrieben. Die Organisationen wurden nach dem Zufallsprinzip aus unterschiedlichen Adresslisten ausgewählt. Es handelt sich bei ihnen um Organisationen, die nach der russischen Gesetzgebung dem nichtkommerziellen Bereich angehören. Der Rücklauf beträgt 156, was in Anbetracht der komplizierten Situation und der Tatsache, dass viele Organisationen nur auf dem Papier existieren, als ein akzeptables Ergebnis einzuschätzen ist.

Verteilung der NGOs 2007 nach Gründungsdatum



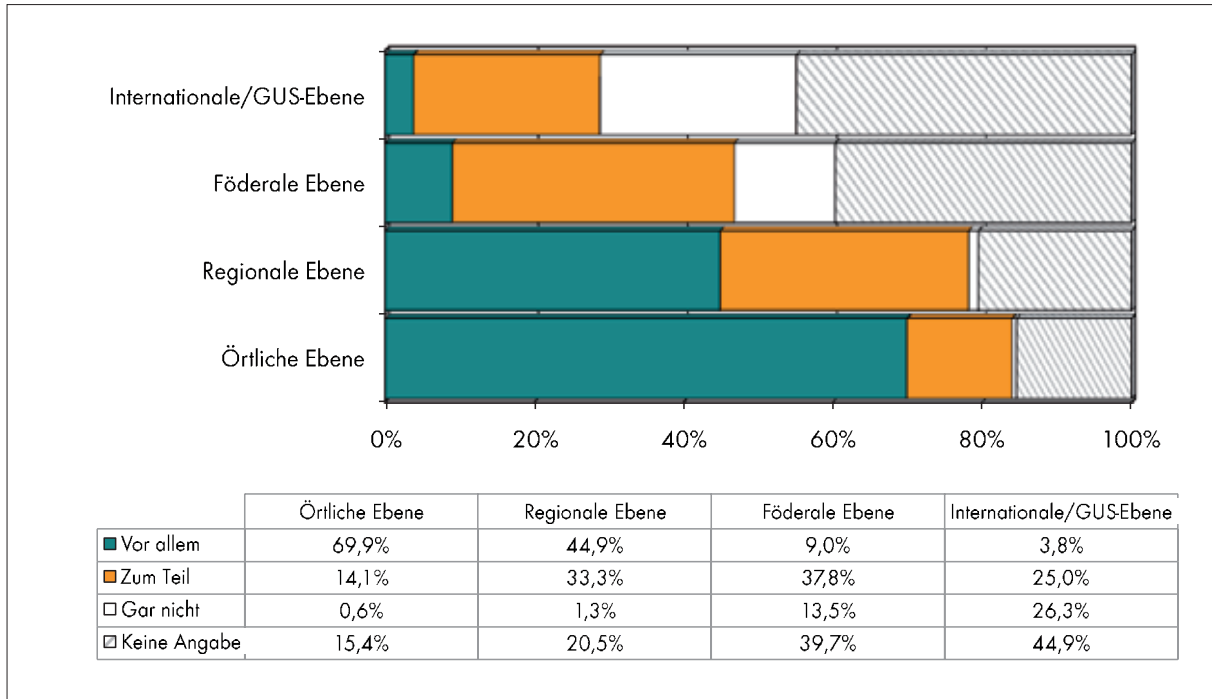
Rechtsformen der NGOs



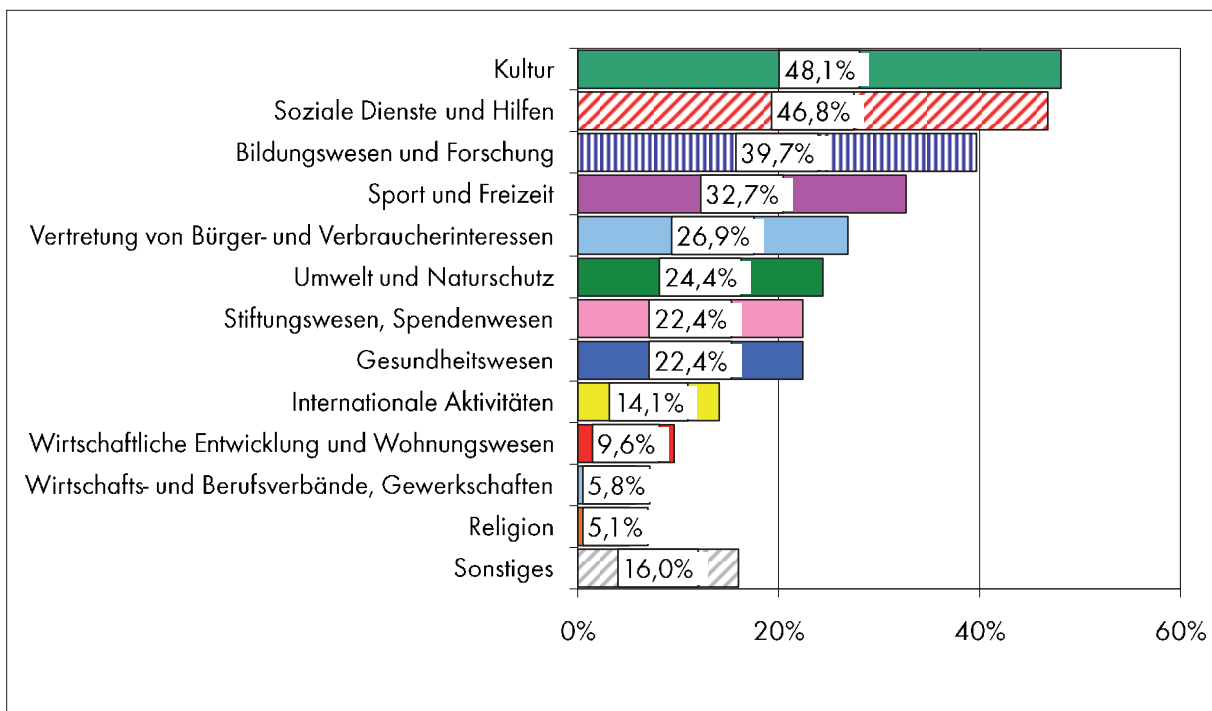
Anmerkung zu den Organisationsformen:

Bei gesellschaftlichen und religiösen Vereinigungen handelt es sich um freiwillige Vereinigungen von Bürgern, die in Übereinstimmung mit dem Gesetz, auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zur Befriedigung geistiger und anderer nichtmaterieller Anliegen gegründet werden. Sie sind berechtigt, unternehmerische Tätigkeiten zu verfolgen, die den Zielen ihrer Gründung entsprechen.

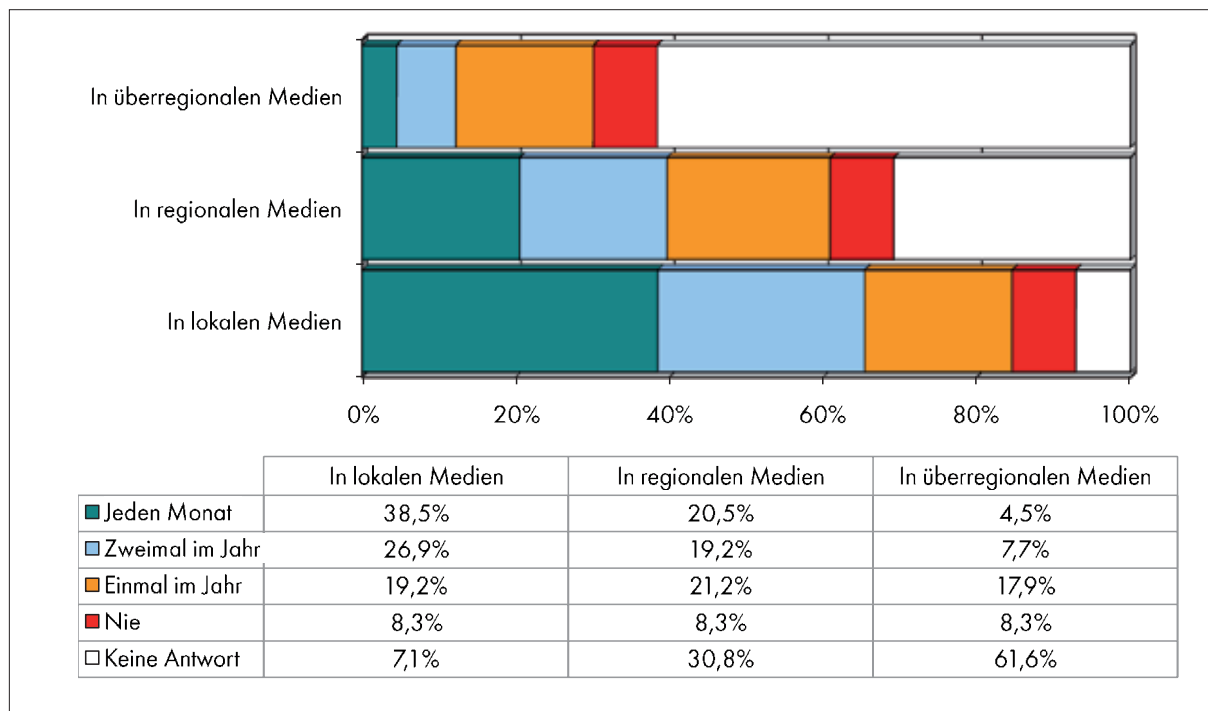
Auf welcher Ebene ist die NGO tätig?



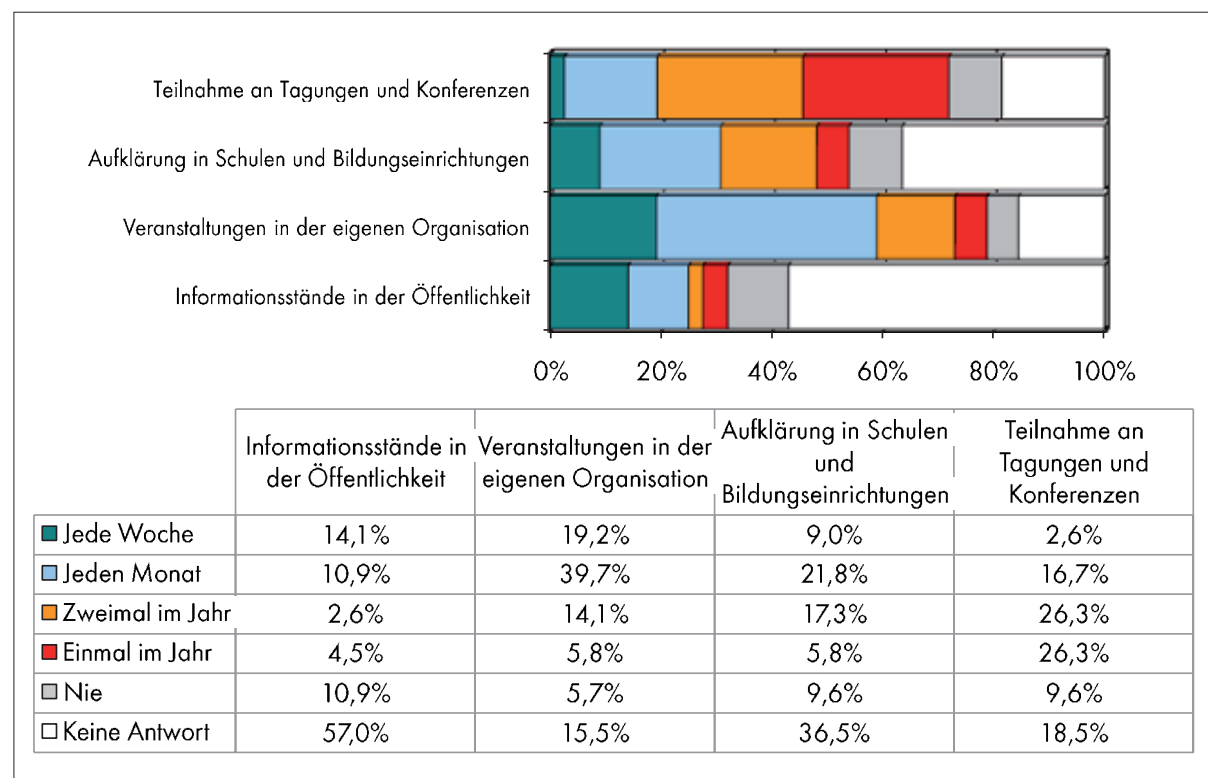
Tätigkeitsbereiche der NGOs (Mehrfachnennungen möglich)



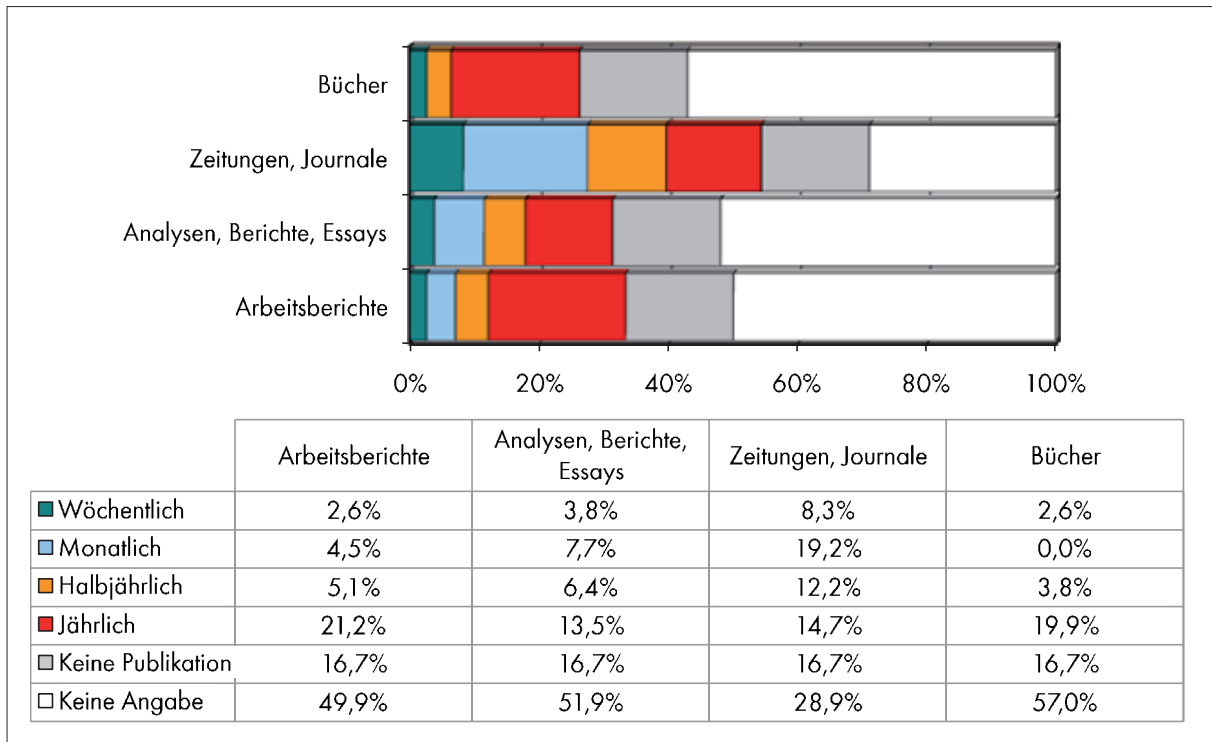
Häufigkeit der Erwähnung der NGO in der Presse



Formen und Intensität der Öffentlichkeitsarbeit



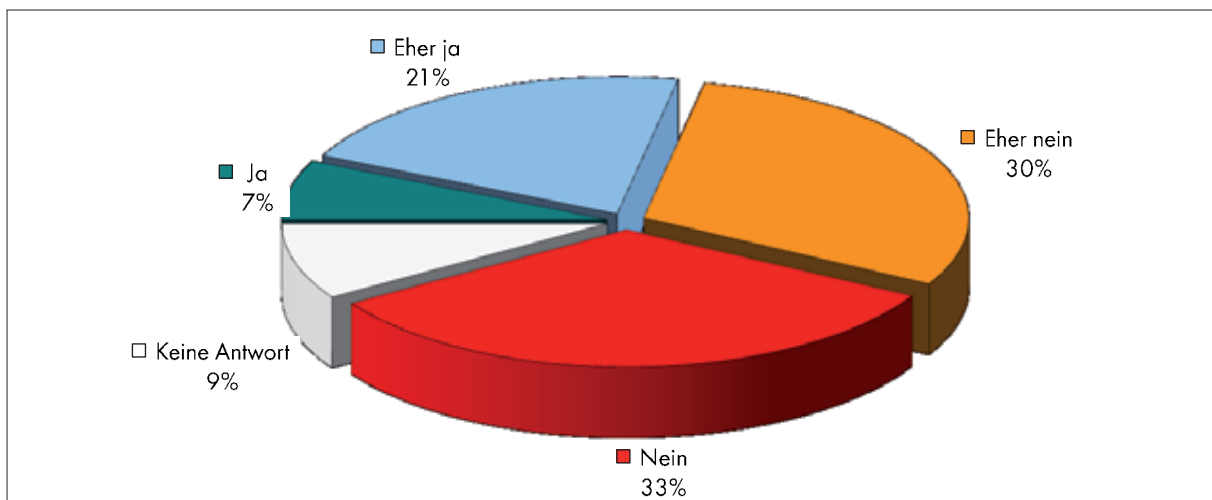
Art und Häufigkeit von Publikationen der NGO



Umfrage

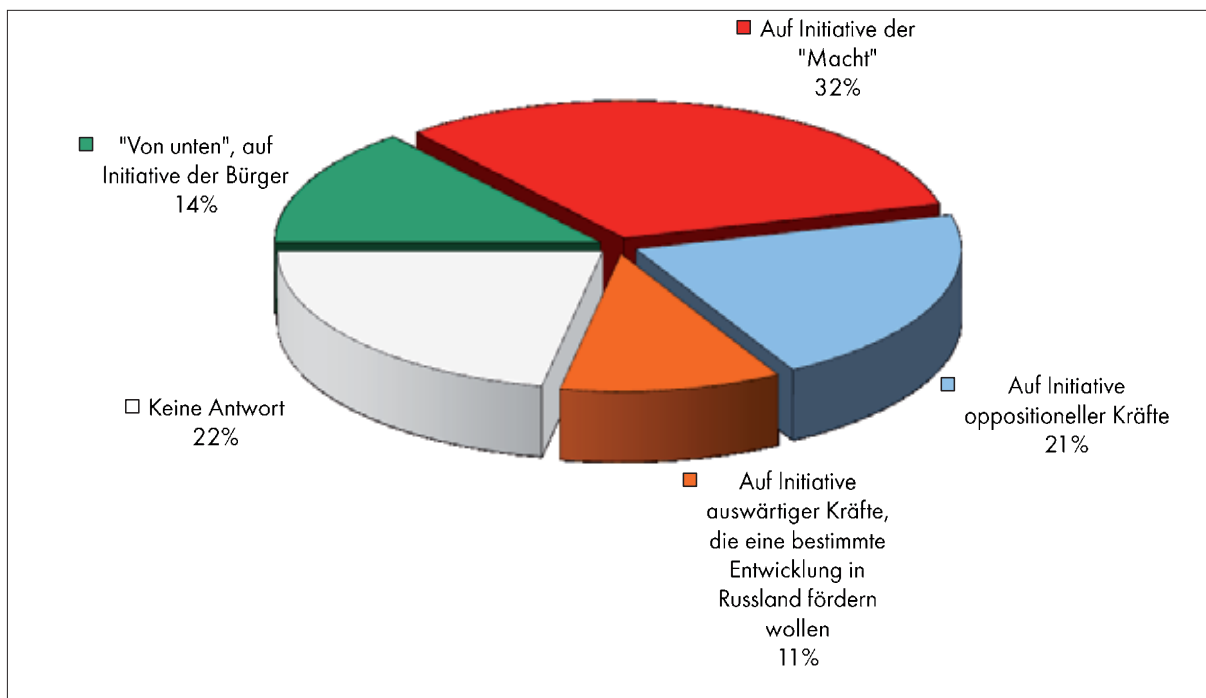
Politisches Leben und Bürgerengagement. Repräsentative Umfragen unter der russischen Bevölkerung

Wollen Sie am politischen Leben teilnehmen – und sei es auf kommunaler Ebene?

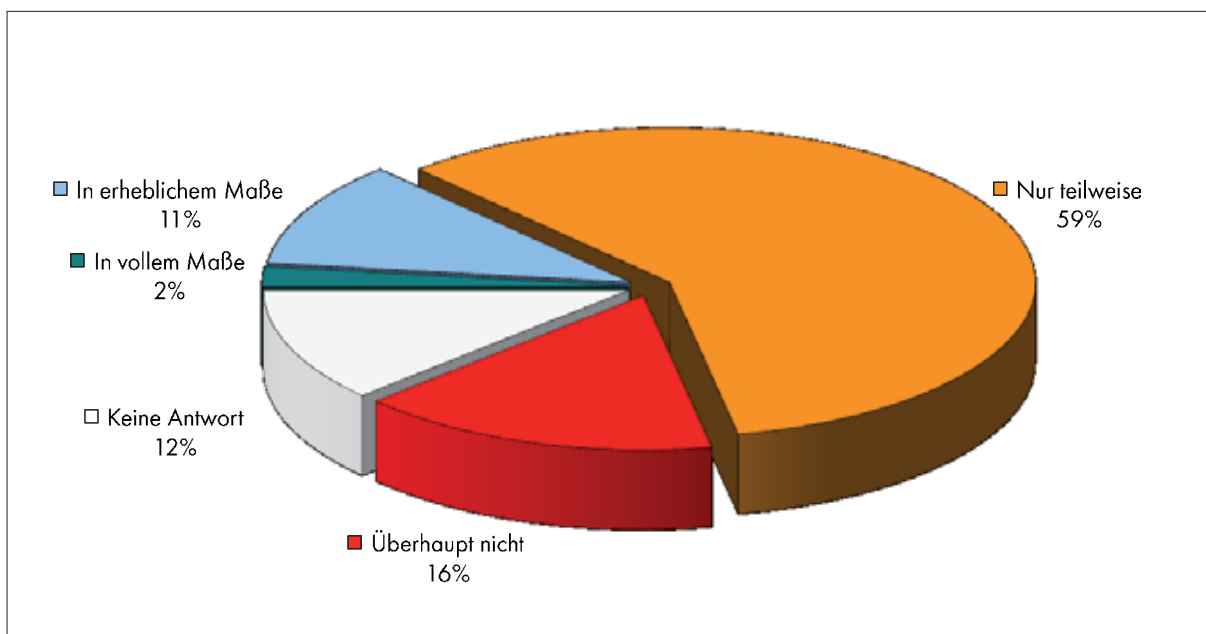


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Jahre 2008, nach: *Obschtschestvennoe mnenie – 2008*. Moskau: Lewada-Zentr, 2008. – 192 s. <http://webfile.ru/2612342#>, 16. Februar 2009 S. 85–91

Wie entstehen Ihrer Meinung nach die Mehrheit der gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen im heutigen Russland?



Was meinen Sie, erreichen die aktuellen Bewegungen (»Bewegung der Autofahrer«, »der betrogenen Einleger« usw.) gewöhnlich ihre Ziele?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Jahre 2008, nach: *Obschtschestwennoe mnenie – 2008*. Moskau: Lewada-Zentr, 2008. – 192 s. <http://webfile.ru/2612342#>, 16. Februar 2009 S. 85–91

Welche Position zu Straßendemonstrationen und -veranstaltungen ist Ihrer am nächsten?

Straßendemonstrationen und -veranstaltungen - das ist ein normales demokratisches Mittel, mit dem Bürger sich für Ihre Ziele einsetzen und die »Macht« hat nicht das Recht, sie zu verbieten	55 %
Wenn Straßendemonstrationen und -veranstaltungen zu Unordnung führen, dann muss die »Macht« sie verbieten	32 %
Keine Antwort	12 %

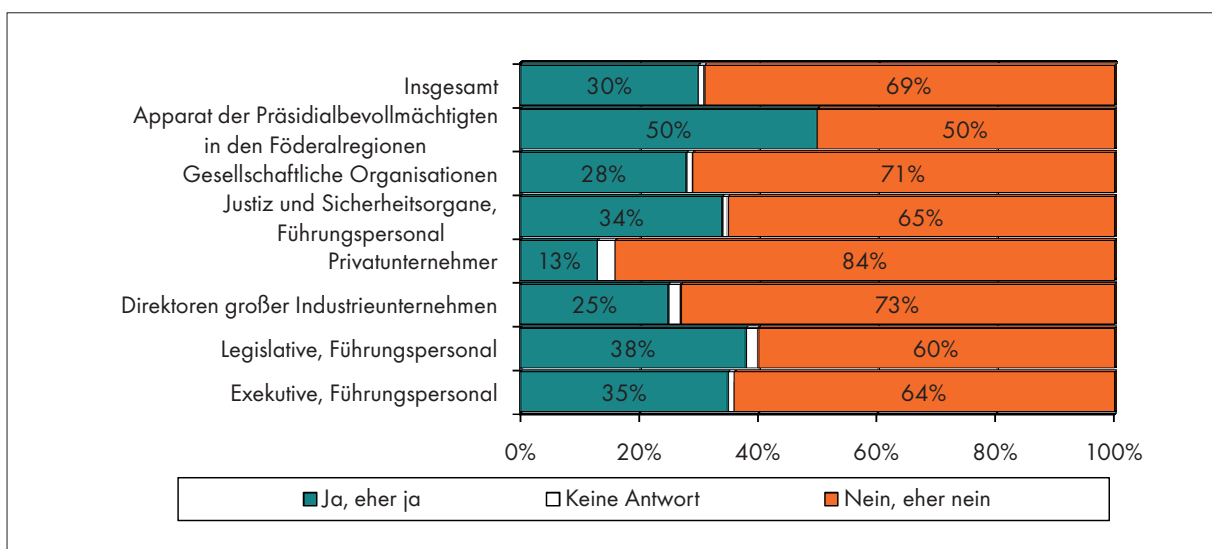
Was hindert Ihrer Meinung nach die Bürger, ohne Beteiligung der »Macht«, daran, sich zur Lösung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben zusammenzuschließen?

Die Mehrheit ist nicht fähig, sich zusammenzuschließen und einen Konsens zu finden	20 %
Die Mehrheit kann nicht organisieren und hat keine praktische Erfahrung	23 %
Die Mehrheit hat nicht das Gewicht, den Einfluss, den man zur Lösung solcher Aufgaben braucht	20 %
Die Mehrheit ist müde, ihnen fehlen Kräfte und freie Zeit	25 %
Die Mehrheit ist faul, apathisch, ohne Initiative	18 %
Die Mehrheit vertritt nur eigene Interessen, ist den Problemen anderer gegenüber gleichgültig	18 %
Die Mehrheit lebt nach dem Motte »Mein Name ist Hase....«, sie interessieren sich nicht für die Probleme anderer	29 %
Die Mehrheit glaubt sozial aktiven Leuten nicht, dass sie selbstlos handeln	15 %
Die Mehrheit glaubt nicht, dass eine solche Tätigkeit Ergebnisse haben kann	31 %
Die Mehrheit will mit »Nichtoffiziellen«, die nicht von der »Macht« unterstützt werden, nichts zu tun haben.	8 %
Die Mehrheit befürchtet Verfolgungen durch die »Macht«	14 %
Keine Antwort	7 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Jahre 2008, nach: *Obschtschestwennoe mnenie – 2008*. Moskau: Lewada-Zentr, 2008. – 192 s. <http://webfile.ru/2612342#>, 16. Februar 2009 S. 85–91

Gibt es in Russland heute eine »Zivilgesellschaft«?

Hat sich in Russland heute eine Zivilgesellschaft herausgebildet?



Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Glas naroda«, publiziert in: *Sbornik materialow obschtschestwennych sluschanij »Empiritscheskie issledowanija grashdanskogo obschtschestwa« 10 nojabrja 2008 goda* <http://www.oprf.ru/files/sbornikemp.pdf>, 16. April 2009, S. 73–75

Hat sich in Russland heute eine Zivilgesellschaft herausgebildet?

	Absolut	in %		
		Ja, eher ja	Nein, eher nein	Keine Antwort
Exekutive, Führungspersonal	108	35 %	64 %	1 %
Legislative, Führungspersonal	106	38 %	60 %	2 %
Direktoren großer Industrieunternehmen	105	25 %	73 %	2 %
Privatunternehmer	107	13 %	84 %	3 %
Justiz und Sicherheitsorgane, Führungspersonal	106	34 %	65 %	1 %
Gesellschaftliche Organisationen	105	28 %	71 %	1 %
Apparat der Präsidentialbevollmächtigten in den Föderalregionen	28	50 %	50 %	0 %
Insgesamt	665	30 %	69 %	1 %

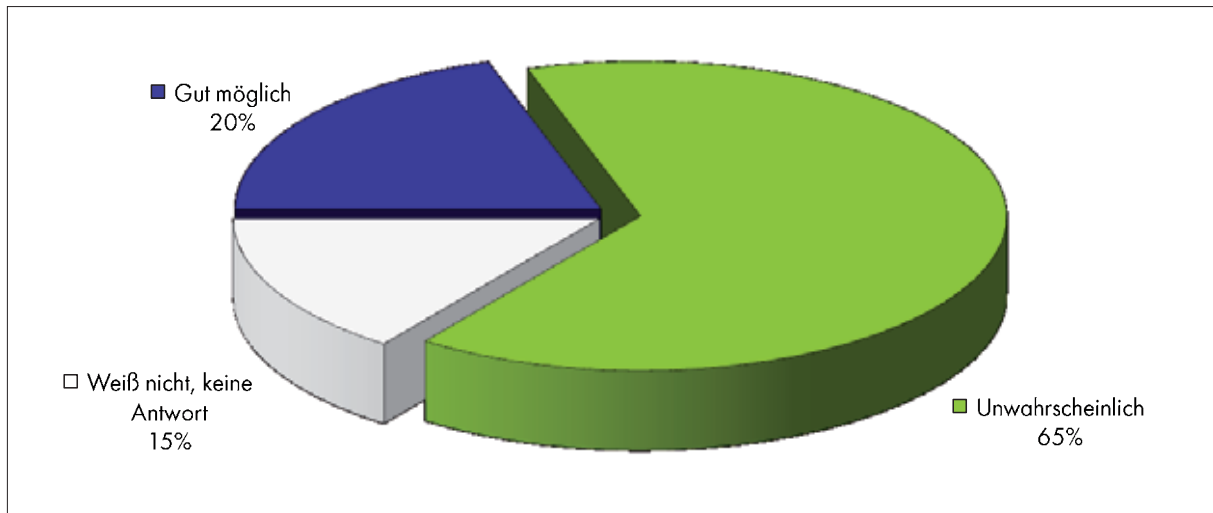
Welche der aufgeführten Antworten drückt den Begriff »Zivilgesellschaft« am genauesten aus?

	Absolut	in %
Aktive Beteiligung der Bürger am gesellschaftlichen Leben	441	70,1 %
Existenz einer großen Zahl von Bürgerinitiativen und gesellschaftlichen Organisationen	247	39,3 %
Die Möglichkeit, ohne Behinderungen Gesellschaften, Verbände etc. zu gründen und die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten	243	38,6 %
Die Bereitschaft der Bürger, sich gegenseitig zu helfen und im gemeinsamen Interesse zusammenzuarbeiten	211	33,5 %
Widerstand der Bürger gegen die Korruption des bürokratischen Apparates	185	29,4 %
Hilfe für Notleidende von Seiten wohlthätiger Mäzene	79	12,6 %
Andere Antworten	11	1,7 %
Keine Antwort	2	0,3 %

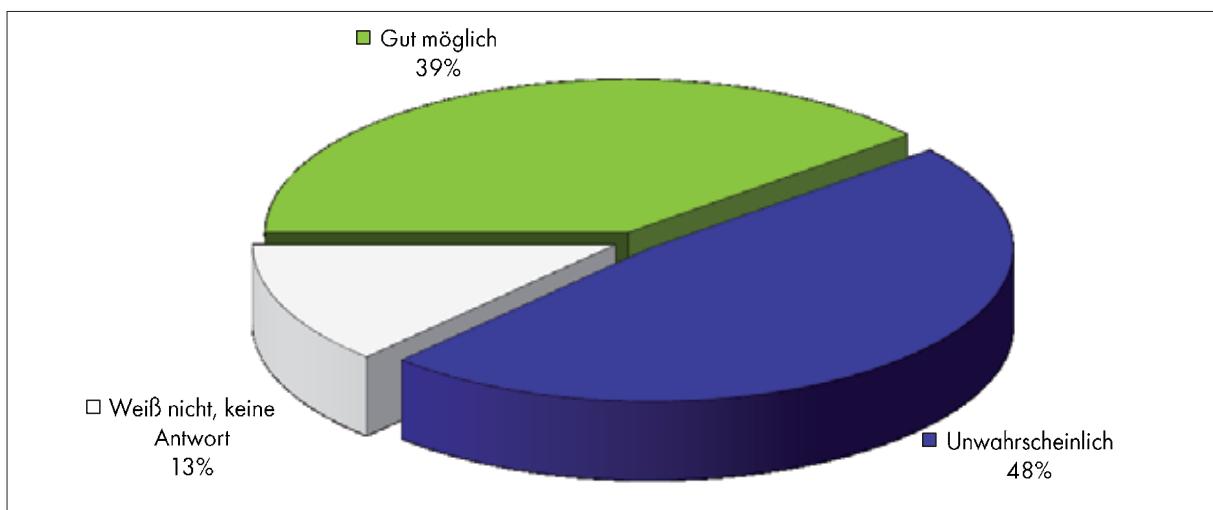
Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Glas naroda«, publiziert in: Sbornik materialow obschtschestwennych sluschanij »Empiritscheskie issledowanija grashdanskogo obschtschestwa« 10 nojabrja 2008 goda <http://www.oprf.ru/files/sbornikemp.pdf>, 16. April 2009, S. 73–75

Protestpotenzial in Russland 2009

Sind in Ihrer Stadt/Ihrem Bezirk Massenaktionen zur Unterstützung der Regierung bei der Überwindung der gegenwärtigen Krise möglich?

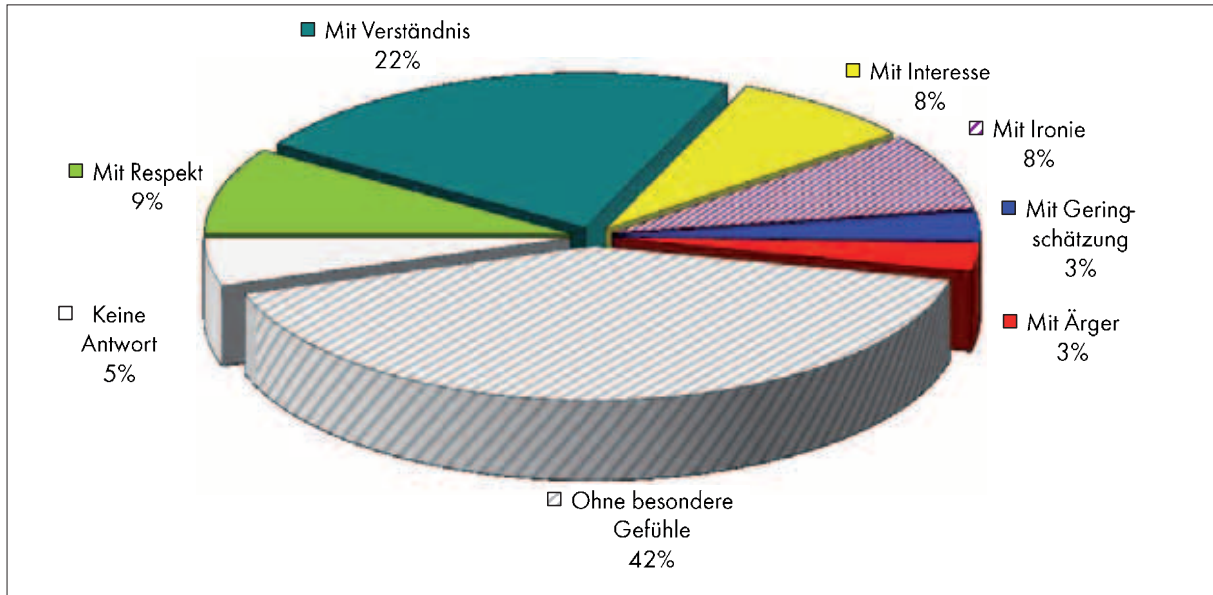


Sind in Ihrer Stadt/Ihrem Bezirk heute Massenaktionen gegen das Sinken des Lebensstandards, zur Verteidigung ihrer Rechte möglich?

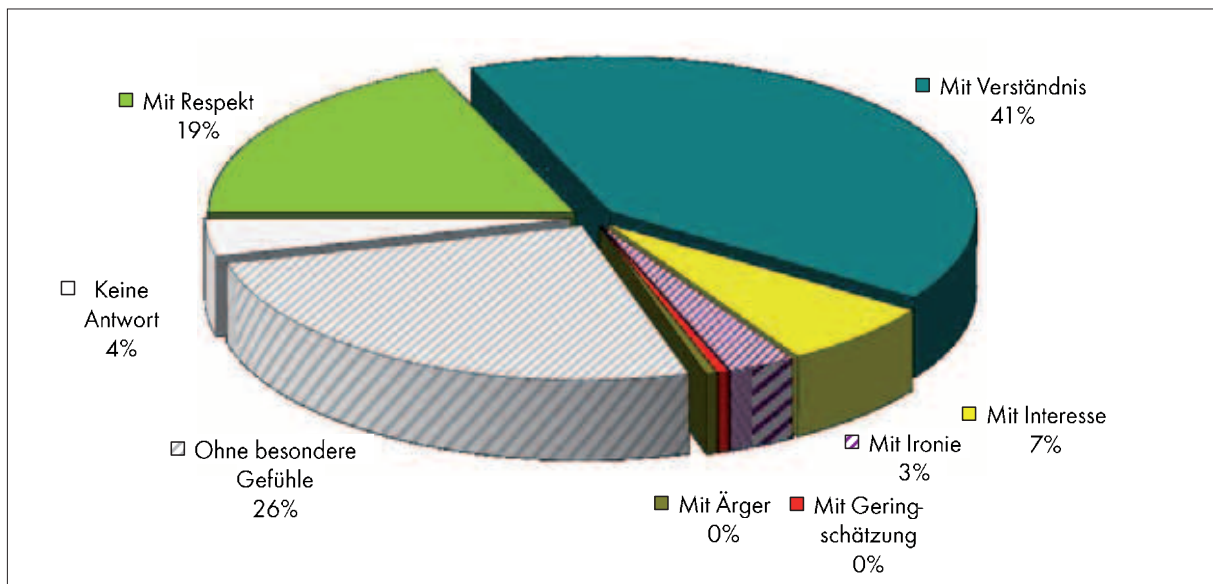


Quelle: Umfragen des Levada-Zentrum vom 20.–23.2.2009 <http://www.levada.ru./press/2009032602.html>

Wie stehen Sie zu Leuten, die an Meetings, Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung teilnehmen?



Wie stehen Sie zu Leuten, die an Meetings, Demonstrationen gegen das Sinken des Lebensstandards und zur Verteidigung ihrer Rechte teilnehmen?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrum vom 20.–23.2.2009 <http://www.levada.ru./press/2009032602.html>

	Insgesamt	Geschlecht	
		Männlich	Weiblich

Was meinen Sie, sind in Ihrer Stadt/Ihrem Bezirk Massenaktionen zur Unterstützung der Tätigkeit der Regierung bei der Überwindung der gegenwärtigen Krise möglich?

Gut möglich	20 %	19 %	22 %
Unwahrscheinlich	65 %	68 %	62 %
Weiß nicht, keine Antwort	15 %	13 %	17 %

Was meinen Sie, sind in Ihrer Stadt/Ihrem Bezirk heute Massenaktionen gegen das Sinken des Lebensstandards, zur Verteidigung ihrer Rechte möglich?

Gut möglich	39 %	38 %	40 %
Unwahrscheinlich	48 %	50 %	47 %
Weiß nicht, keine Antwort	13 %	12 %	13 %

Wie stehen Sie zu Leuten, die an Meetings, Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung teilnehmen?

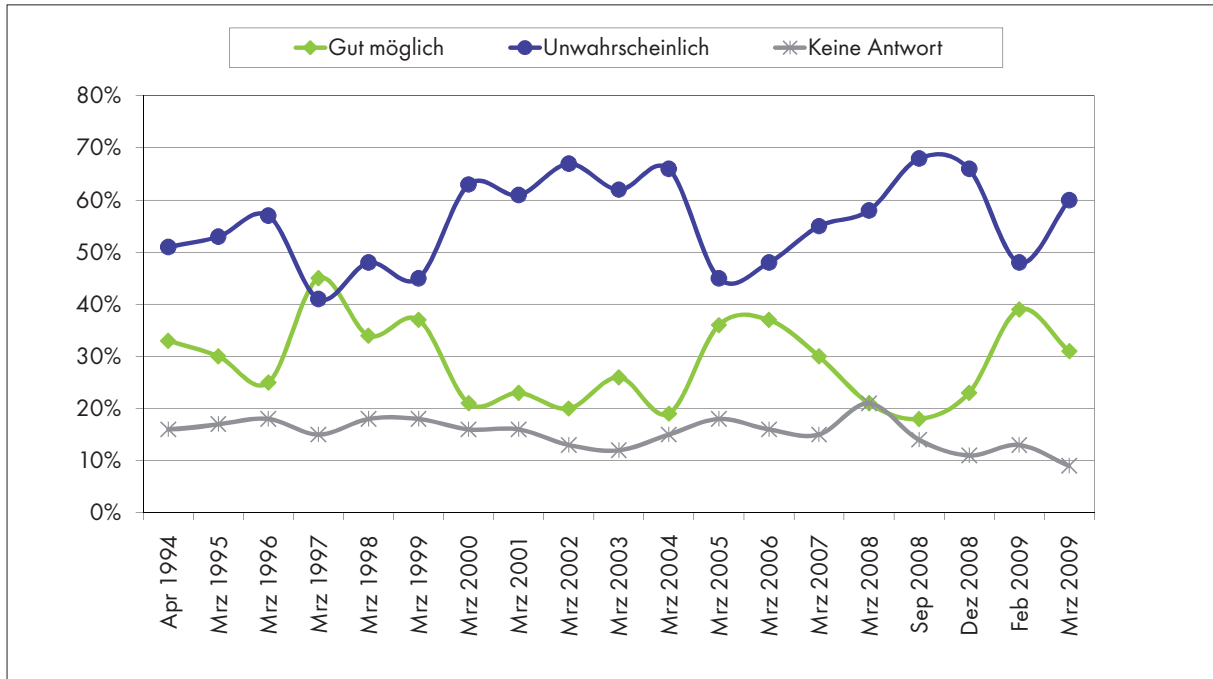
Mit Respekt	9 %	8 %	11 %
Mit Verständnis	22 %	19 %	26 %
Mit Interesse	8 %	8 %	9 %
Mit Ironie	8 %	8 %	7 %
Mit Geringschätzung	3 %	3 %	3 %
Mit Ärger	3 %	3 %	3 %
Ohne besondere Gefühle	41 %	46 %	37 %
Keine Antwort	5 %	5 %	5 %

Wie stehen Sie zu Leuten, die an Meetings, Demonstrationen gegen das Sinken des Lebensstandards und zur Verteidigung ihrer Rechte teilnehmen?

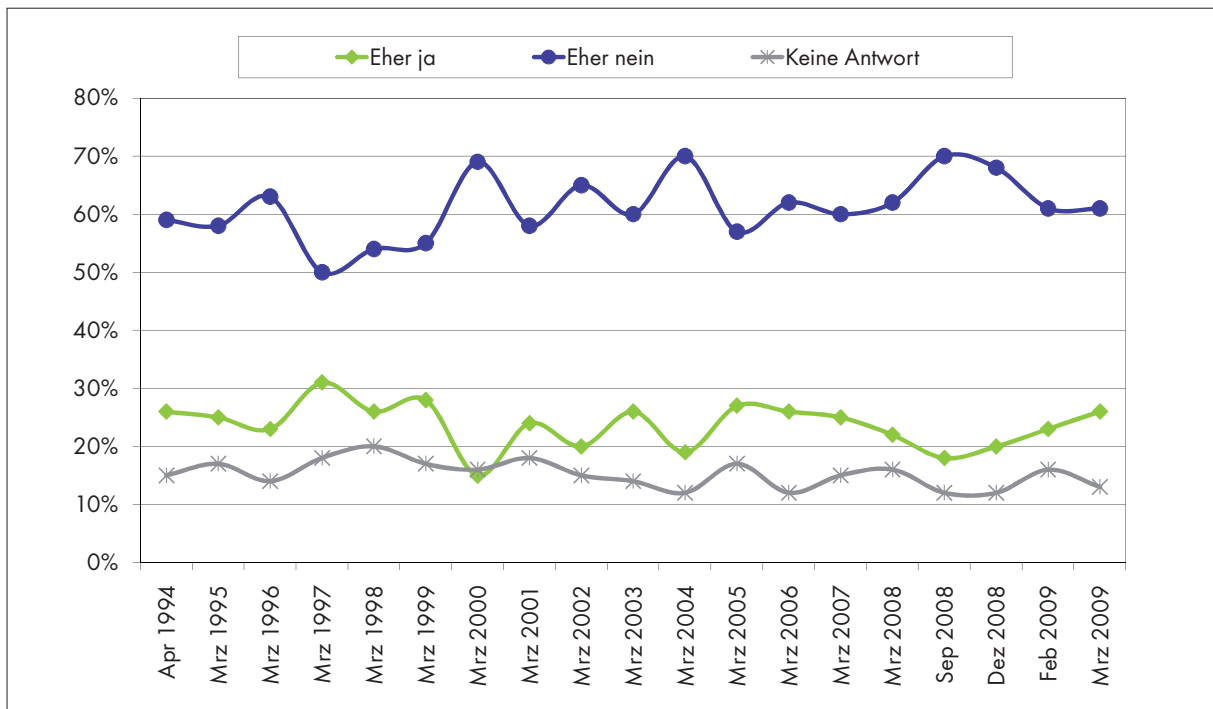
Mit Respekt	19 %	19 %	19 %
Mit Verständnis	41 %	38 %	44 %
Mit Interesse	7 %	8 %	7 %
Mit Ironie	3 %	4 %	3 %
Mit Geringschätzung	1 %	1 %	1 %
Mit Ärger	1 %	1 %	1 %
Ohne besondere Gefühle	26 %	29 %	23 %
Keine Antwort	4 %	3 %	4 %

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrum vom 20.–23.2.2009 <http://www.levada.ru./press/2009032602.html>

Sind in Ihrer Stadt / Ihrem Bezirk Massenaktionen gegen das Ansteigen der Preise und das Sinken des Lebensstandards möglich?



Wenn solche Aktionen stattfinden, nehmen Sie daran teil oder nicht?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 20.–23. März 2009
<http://www.levada.ru/press/2009032602.html>, 26. März 2009

Chronik
Vom 1. bis zum 22. April 2009

1.4.2009	In London treffen der russische Präsident Dmitrij Medwedew und US-Präsident Barack Obama zusammen und erörtern die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere Fragen der nuklearen Abrüstung. Die Präsidenten unterzeichnen Erklärungen zur Einleitung des START-Prozesses und zu den russisch-amerikanischen Beziehungen.
1.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt am G 20-Gipfel in London teil.
1.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew erörtert mit dem britischen Premierminister George Brown die russisch-britischen Beziehungen.
1.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew führt Kontext des G 20-Gipfels Gespräche mit einer Reihe von Staatsmännern, darunter den chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao.
2.-4.4.2009	NATO-Gipfel an der deutsch-französischen Grenze.
3.4.2009	Der Staatsanwalt des Frunse-Distrikts in Wladiwostok teilt mit, dass eine rechtliche Prüfung des Slogans »Putler kaput«, den einige Demonstranten benutzt hatten, ergeben hat, dass diese Parole nicht zulässig ist.
3.4.2009	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass die Operative Hauptverwaltung des Generalstabs in Zukunft nur 260 Planstellen für Generale und hohe Offiziere umfassen soll. Das ist eine Verminderung um ca. 200 Stellen gegenüber dem gegenwärtigen Stand.
4.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew legt sein Einkommen und sein Vermögen offen. Danach hat er ein Jahreseinkommen von 4,1 Mio. Rubel in seinem Hauptberuf und besitzt gemeinsam mit seiner Frau eine Wohnung von 367 qm.
4.4.2009	In St. Petersburg lehnt Anton Tschumatschenko, ein Angehöriger von »Einiges Russland« sein Mandat ab, da die Wahlen gefälscht gewesen seien.
4.4.2009	Im Zusammenhang mit dem Teststart einer nordkoreanischen ICBM werden die Luftstreitkräfte und die Luftabwehr in Fernost in Alarmbereitschaft versetzt.
5.4.2009	Die russische Luftraumüberwachung bestätigt, dass in Nordkorea eine Rakete abgefeuert wurde.
6.4.2009	Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin legt sein Einkommen und sein Vermögen offen. Danach bezieht er ein Jahreseinkommen von 4,6 Mio. Rubel in seinem Hauptberuf und besitzt eine Wohnung von 77 qm.
6.4.2009	Bericht der Regierung vor der Duma. Verabschiedung des novellierten Staatsbudgets für 2009.
6.4.2009	Ministerpräsident Putin ernennt den früheren Generaldirektor der Fluggesellschaft Aeroflot zum Stellvertretenden Transportminister.
6.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew ernennt Dmitrij Rogosin, den russischen Vertreter bei der NATO, zum Außerordentlichen Botschafter und Bevollmächtigten.
7.4.2009	Ministerpräsident Putin empfängt Mahmud Abbas, den Präsidenten der palästinensischen Autonomieverwaltung, und erörtert mit ihm Nahostfragen. U. a. bietet Putin russische Unterstützung für die palästinensischen Sicherheitsbehörden an.
9.4.2009	In Dagestan eröffnen Unbekannte das Feuer auf eine Polizeipatrouille und verwunden zwei Beamte. Auf der Flucht töten sie einen Schafhirten.
9.4.2009	Kroatien gestattet russischen Staatsbürgern während der Sommersaison die Einreise ohne Visa.
9.4.2009	Das Moskauer Basmannyj Bezirksgericht autorisiert die Verhaftung von Elimpaschi Chasujew, dem vorgeworfen wird, den Mord an Ruslan Jamadajew organisiert zu haben. Der frühere Dumaabgeordnete war im September 2008 in Moskau erschossen worden.
9.4.2009	Alexander Gusew, Abteilungsleiter im russischen Außenministerium, wird wegen Bestechlichkeit festgenommen. Gusew, der für die Verbindung des Außenministeriums zu den regionalen Vertretungskörperschaften zuständig war, hatte von regionalen Verbänden Geld gefordert, die sich an »Russlandtagen« im Ausland beteiligen wollten.
9.4.2009	Durch eine Explosion wird ein Strang der turkmenisch-russischen Gaspipeline in der Nähe der turkmenisch-usbekischen Grenze unterbrochen.

9.-10.4.2009	Staatsbesuch des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki in Moskau. Er führt Gespräche mit Ministerpräsident Wladimir Putin und Präsident Dmitrij Medwedew. Themen sind u. a. Wirtschaftsbeziehungen und Rüstungskoooperation.
10.4.2009	Die Sicherheitsbehörden von Dubai werfen dem Dumaabgeordneten Adam Delimchanov, einem Cousin des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow vor, den Mord an Sulim Jamadajew (am 28.3. in Dubai) in Auftrag gegeben zu haben.
10.4.2009	An der Masdok-Kasimagomed-Gaspipeline in Dagestan wird eine Bombe entdeckt. Ein Feuerwerker der OMON wird getötet, als die Bombe bei der Entschärfung explodiert.
10.4.2009	Der Stellvertretende Verteidigungsminister für Rüstung, Generaloberst Wladimir Popowkin, teilt mit, dass Russland mit einem israelischen Unternehmen einen Vertrag über die Lieferung von Drohnen geschlossen hat.
10.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt seinen belarussischen Amtskollegen Aleksandr Lukaschenko zu Gesprächen.
12.4.2009	In Moskau protestieren 200 Personen gegen die Einberufung zum Wehrdienst und gegen die Wehrpflicht. Die Demonstration war von den städtischen Behörden genehmigt worden.
12.4.2009	In Wladiwostok protestieren 200 Personen gegen die Anhebung der Importzölle für Kraftfahrzeuge. Die nicht genehmigte Demonstration wird von der Polizei aufgelöst.
13.4.2009	Oleg Mitwol, der stellvertretende Leiter der russischen Umweltbehörde Rosprirodnadsor, kündigt an, dass er seine Stellung aufgeben werde, da man ihn keine sinnvolle Arbeit mehr ausüben lasse. Jurij Trutnew, der Minister für Naturressourcen, teilt mit, dass er die Kündigung annimmt.
13.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew gibt der Oppositionszeitung »Nowaja gaseta« ein Interview. Dies ist das erste Interview, das er einer russischen Zeitung in seiner Amtszeit gibt. Es erscheint am 15.4.
13.4.2009	In Machatschkala werden zwei Polizisten von Unbekannten erschossen.
13.4.2009	Das Bezirksgericht Sotschi erklärt die Bewerbung Alexander Lebedews für die Wahlen zum Bürgermeister der Stadt für unzulässig.
13.4.2009	Bei einer Straßenkontrolle in Chasawjurt (Dagestan) werden drei Untergrundkämpfer gestellt, die bei dem folgenden Feuergefecht getötet werden.
13.4.2009	Das Redaktionsgebäude der dagestanischen Oppositionszeitung »Swobodnaja respublika« brennt nieder. Die Ursachen des Feuers werden untersucht.
14.4.2009	Die Jugendorganisation »Unsere« organisiert eine Demonstration vor der georgischen Botschaft in Moskau, bei der 1.500 verwelkte Rosen niedergelegt werden.
14.4.2009	An der Sitzung des Aufsichtsrats von Northstream in St. Petersburg nehmen Ministerpräsident Wladimir Putin und Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder teil.
14.4.2009	In einem Feuergefecht im Urus-Martanowskij-Bezirk (Tschetschenien) wird ein Angehöriger der Inneren Truppen getötet, zwei werden verwundet.
14.4.2009	In Nordossetien wird ein Mann bei einer Bombenexplosion getötet, sieben werden verletzt.
15.4.2009	Sitzung des Rats zur Unterstützung der Entwicklung der Institutionen der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte in Anwesenheit von Präsident Dmitrij Medwedew.
15.4.2009	Präsident Dmitrij Medwedew löst Ljuba Kudelina als Stellvertretende Verteidigungsministerin für Finanz- und Wirtschaftsfragen ab und ernennt an ihrer Stelle Vera Tschistowa.
15.4.2009	Dmitrij Rogosin, der russische NATO-Botschafter, wendet sich mit dem Vorschlag an die NATO-Führung, die für Mai in Georgien geplanten NATO-Manöver nicht durchzuführen.
15.4.2009	Wladimir Lukin, der russische Menschenrechtsbeauftragte, legt seinen jährlichen Bericht vor < http://www.ombudsmanrf.ru/doc/documents.shtml >.
16.4.2009	Das Nationale Antiterrorkomitee hebt die Anweisung auf, die das Territorium der tschetschenischen Republik zur »Zone konterterroristischer Tätigkeit« erklärt. Damit ist der Kriegszustand in Tschetschenien offiziell beendet.

16.4.2009	Der zypriotische Finanzminister und der Leiter der Steuerabteilung im russischen Finanzministerium paraphieren ein Doppelbesteuerungsabkommen.
18.4.2009	Orthodoxe Ostern. Der russische Präsident Dmitrij Medwedew, Ministerpräsident Wladimir Putin und der Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow nehmen am Ostergottesdienst in der Moskauer Erlöserkathedrale teil.
19.4.2009	In Nasran (Inguschetien) wird ein islamischer Geistlicher von Unbekannten vor seinem Haus erschossen. In dem Dorf Ordshonikidsewskaja (Inguschetien) feuern Unbekannte einen Brandsatz auf das Haus eines Polizeibeamten ab. Seine Schwester stirbt, er selbst und sein Bruder werden verletzt.
20.4.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Helsinki. In Gesprächen mit seinem finnischen Amtskollegen Tarja Halonen wird u. a. die Frage der Ostseepipeline behandelt.
21.4.2009	Der russische Präsident präsentiert einen Vorschlag zur Gestaltung der europäischen Energiebeziehungen, der die von der EU vorgeschlagene Energiecharta ersetzen soll. Neu ist u. a. die Einbeziehung von anderen Energieträgern wie nuklearen Brennstoff und Kohle neben Öl und Gas. Zudem sollen die G20, die GUS-Staaten und weitere große Energieproduzenten beteiligt werden.
21.4.2009	Der russische NATO-Botschafter, Dmitrij Rogosin, teilt mit, dass der russische Generalstabschef nicht am Treffen der Generalstabschefs der NATO-Staaten am 7.5. teilnehmen wird.
21.4.2009	Die Anwältin Swetlana Bachmina, die im Juli 2006 im Zusammenhang mit dem Fall Jukos zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden war, und die im Gefängnis eine Tochter zur Welt brachte, wird auf Bewährung freigelassen. Frühere Gnadengesuche waren abgelehnt worden.
22.4.2009	Vor dem Moskauer Stadtgericht beginnt der Korruptionsprozess gegen Dmitrij Dowgij, den früheren Leiter der Hauptuntersuchungsabteilung des Untersuchungskomitees.

Die Russland-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Osteuropa 4/2009. »Macht Musik. Kultur und Gesellschaft in Russland«

Šostakovič kennt jeder. Doch wie steht es um Beregovskij, Denisov oder Tarnopol'skij? Die Musik dieser russischen Komponisten ist nicht weniger spannend, doch unbekannt. Die neue Ausgabe von OSTEUROPA bringt Licht ins Dunkel. Acht Aufsätze beleuchten die Geschichte der russischen Musik vom 19. Jh. bis heute. Dabei wird deutlich: In der Geschichte der russischen Musik spiegelt sich ein spezifisches Verständnis von Staat, Individuum und Macht das bis heute spürbar ist. Russlands aktuelle Politik und Gesellschaft erscheinen in neuem Licht. Das Heft hat 208 Seiten, zahlreiche Abbildungen und kostet 10 Euro. Bestellungen unter: osteuropa@dgo-online.org.

Nikolaj Plotnikov

Staat und Individuum

Antagonismen der russischen Ideengeschichte

Staat und Individuum werden in Russland als Gegensätze begriffen. Diese antagonistische Vorstellung wird häufig auf eine byzantinische Tradition zurückgeführt. Tatsächlich aber ist sie Erbe einer spezifischen Rezeption westlicher Staatstheorien und Persönlichkeitskonzepte. Mit ihrer Hilfe wird die uneingeschränkte staatliche Macht legitimiert, die im Namen des »Gemeinwohls« die als *tabula rasa* begriffene Gesellschaft formen kann. In einem solchen Denken kann das Individuum nicht als Rechtsperson begriffen werden, sondern nur als Ausnahme, als künstlerisches Genie oder als isolierte Randfigur. Dieser ideengeschichtlich tradierte radikale Gegensatz von Staat und Individuum verhindert die Entstehung eines Rechtsstaats, der die Menschenrechte zum Prinzip der eigenen Legitimation erhebt.

Jens Siegert

Von der Kontinuität zur Stagnation

Instabile Stabilität im autoritären Russland

Die globale Wirtschaftskrise hat Russland schwer getroffen. An dieser Erkenntnis kommt auch das autoritäre Regime in Moskau nicht vorbei. Statt die Folgen des Ölpreiseinbruchs und der drastisch reduzierten Nachfrage nach anderen Exportrohstoffen weiter zu leugnen, betreiben Putin und Medvedev nun ein hektisches Krisenmanagement. Doch der Aktivismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Regime strukturelle Reformen weiter scheut. Gleichzeitig wachsen die Spannungen im Land und der mit Petrodollars erkaufte Elitenkonsens wird wieder brüchig.

Die Macht der Musik

David Fanning

Orientierung auf schwierigem Terrain

Dorothea Redepenning's Geschichte der russischen und der sowjetischen Musik

Mit ihrer *Geschichte der russischen und der sowjetischen Musik* hat Dorothea Redepenning einen fundamentalen Überblick über das musikalische Repertoire in seiner Tiefe und Breite vorgelegt. Kenntnisreich leuchtet sie die kulturellen Hintergründe aus und enthält sich dabei ideologischer Urteile, die lange den Umgang mit sowjetischer Musik charakterisierten. Das Werk ist eine Pflichtlektüre für alle Wissenschaftler, Musiker und Musikliebhaber, die sich mit dem Gebiet beschäftigen. Redepenning gebührt großer Respekt. Gleichwohl hat ihre Musikgeschichte auch problematische Seiten. Sie betreffen die Methode, den Versuch, die sowjetische Musikgeschichte in den europäischen Kontext zu stellen, und die Intention, allen Gattungen gleichermaßen gerecht zu werden. Diese Probleme machen die Grenzen deutlich, die einem derart ambitionösen Unterfangen eigen sind.

Melanie Unseld

Ohne Scheuklappen

Dorothea Redepenning Geschichte der russischen und der sowjetischen Musik

Über Jahrzehnte war die Auseinandersetzung mit sowjetischer Musik durch politische Voreingenommenheit geprägt. Dorothea Redepenning überwindet mit ihrer substantiellen Darstellung der sowjetischen Musikgeschichte diese Schwäche. Redepenning begreift die russische und sowjetische Musik als integralen Bestandteil der europäischen Musikgeschichte. Das Werk besticht durch Materialreichtum, Akribie und Lesbarkeit und regt zu weiterer Beschäftigung mit dem Stoff an.

Jascha Nemtsov

Jüdische Musikkultur in der Ukraine

Die Musiksektion der Kulturliga

Trotz Bürgerkriegs und Pogromen 1918–1921 avancierte Kiew zum bedeutendsten Zentrum jüdischer Kultur in Osteuropa. Während das Wirken jiddischer Literaten und avantgardistischer Maler der jüdischen *Kulturliga* weitgehend bekannt ist, blieb die jüdische Musikkultur bis heute unbeachtet. Zur Musiksektion gehörten eine Musikschule, Gesangsensembles sowie ein Seminar für Musiklehrer und Chorleiter.

Stefan Weiss

Begegnung in Charlottengrad

Die Berliner Musikwelt empfängt das russische Exil

Mit der russischen Emigration nach der Oktoberrevolution gelangten auch zahlreiche Musiker nach Berlin, wo sich ihnen dank einer reichen Infrastruktur vielfältige Betätigungsmöglichkeiten boten. Die russischen Beiträge zum Konzertleben der deutschen Hauptstadt stießen beim einheimischen Publikum der frühen 1920er Jahre zwar nur auf verhaltene Akzeptanz. Die Berlin-Aufenthalte von Komponisten wie Lev Knipper oder Vladimir Ščerbačev förderten jedoch einen musikalischen Austausch zwischen Berlin, Moskau und Leningrad.

Levon Hakobian

Tertium datur

Die sowjetische Musikavantgarde 1956–1982

In der westlichen Wahrnehmung gab es in der Sowjetunion nur regimekonforme und regimekritische Kunst. Die breite Strömung politikferner, unabhängiger Kunst wurde kaum zur Kenntnis genommen. In der Musik, die weniger unter ideologischen Zwängen litt als andere Künste, entwickelte sich nach Stalins Tod eine Avantgarde. Ihr war der Sozialistische Realismus ebenso fremd wie die Neue Musik aus dem Westen. Kompositorisch repräsentativ war das spannungsreiche Nebeneinanderstellen gegensätzlicher Stile. Mit dem berühmten Konzert vom April 1982, als im Moskauer Konservatorium Werke von Edison Denisov, Sofia Gubajdulina und Alfred Schnittke aufgeführt wurden, war die Randstellung der nonkonformistischen Avantgarde beendet.

Vladimir Tarnopol'skij

»Nur die Kunst kann uns befreien«

Kerstin Holm im Gespräch mit dem Komponisten

Der Komponist Vladimir Tarnopol'skij erinnert in einem Gespräch mit Kerstin Holm an die Zeit kastrierter Kultur, als die Aufführung einer Schütz-Kantate ein oppositioneller Akt war, erkennt in der Popularität des musikalischen Minimalismus in Osteuropa eine Kapitulation vor der technischen Raffinesse der Neuen Musik im Westen und analysiert den Zusammenhang von Ideenarmut in der Kunst sowie in Gesellschaft und Technologie. Er blickt zurück auf seine Suche nach einer eigenen kompositorischen Sprache, vermisst mitunter in der westlichen Musik den Nachklang echter Probleme, ist fasziniert von komplizierten Klängen aus akustischen und elektronischen Bestandteilen sowie Geräuschen und bekennt sich zu einer »neuen Euphonie«.

Svetlana Savenko

Freiheiten des Klangs

Zur Lage der Neuen Musik in Russland

Die Befreiung von Druck und Zensur nach dem Ende der Sowjetunion blieb fast ohne Einfluss auf das musikalische Schaffen in Russland. Zunächst stand die Rezeption der westlichen Neuen Musik im Vordergrund. Heute bilden das akademische Konzertleben, Festivals und Performances eine vielfältige Musiklandschaft. Strömungen wie *Minimal Music*, *Neoromantik* und *Neue Einfachheit* existieren nebeneinander, Komponisten schließen sich zu Gruppen wie *Künstlerische Produktionsvereinigung*, *Materialwiderstand* oder *Plastika zvuka* zusammen und streben an, eine neue musikalische Sprache zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Spiritus rector der Neuen Musik, Vladimir Tarnopol'skij. Er ist einer der wichtigsten und anregendsten Komponisten der Gegenwart und zu einem Bindeglied zwischen russischer und westlicher Kultur geworden.

Amrei Flehsig

Requiem auf die Sowjetunion

Alfred Schnittkes Leben mit einem Idioten

Bildende Kunst, Literatur und Film hatten Einfluss auf Alfred Schnittkes Werk. Besonders nahe stand Schnittke dem *Moskauer Konzeptualismus*. Seine 1992 in Amsterdam uraufgeführte Oper *Leben mit einem Idioten*, in der Viktor Erofeev für das Libretto und Il'ja Kabakov für das Bühnenbild verantwortlich zeichneten, ist ein charakteristisches Produkt der symbiotischen Verzahnung literarischer, bildnerischer und musikalischer Strömungen, die in Russland seit den 1970er Jahren wirksam waren.

Leonid Luks

Irreführende Parallelen

Das autoritäre Russland ist nicht faschistisch

Alexander J. Motyl hat in OSTEUROPA die These vertreten, Russland sei ein faschistischer Staat – oder zumindest auf dem Weg dorthin. Diese These ist nicht haltbar. Zentrale Wesensmerkmale des deutschen und des italienischen Faschismus wie eine umfassende Ideologie oder die Gewaltverherrlichung sind dem bürokratisch-autoritären Regime, das unter Putin errichtet worden ist, fremd. Wer das Putin-Regime unter den Begriff »Faschismus« subsumiert, läuft Gefahr, die Bedrohung durch den echten russischen Faschismus zu verkennen.

Karl-Heinz Kasper

Auf dem Karussell

Russlands neue Schriftsteller und die Literaturpreise

Das literarische Russland erlebt einen Generationswechsel. In den vergangenen Jahren hat eine Reihe junger Schriftsteller zwischen zwanzig und vierzig auf dem Buchmarkt und bei Literaturwettbewerben auf sich aufmerksam gemacht.

Peter Oliver Loew

»Setzen Sie sich in die erste Reihe!«

Große Vielfalt in der »Deutschen Polenforschung«

Polenforschung in den deutschsprachigen Ländern leidet bislang unter disziplinärer Vereinzelung. Die erste Tagung »Deutsche Polenforschung«, die Ende Februar 2009 in Darmstadt stattfand, zeigte, wie vital sie dennoch ist. Die Zeichen stehen nun auf weitere Vernetzung durch eine Internetplattform. Ziel ist es, Polenforschung institutionell zu stärken. Die bestehenden Fördermöglichkeiten sollten besser genutzt werden.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de